

hingewiesen hat, daß er für seine Anschauung nur einige Mitglieder unserer Fraktion, die früher schon mit ihm auf dem gleichen Standpunkte hier in der Kammer gestanden hätten, hinter sich habe, so hat er denn doch dabei diejenigen vergessen, die inzwischen in den Kreis seiner politischen Freunde hier eingetreten sind. Ich kann versichern, daß von ihnen jedenfalls eine größere Anzahl diesen unseren Standpunkt theilt, den ich von Anfang an in der Öffentlichkeit vertreten habe.

Nun, meine Herren, ist gesagt worden, man müsse ja dann auch neue Vorschläge machen, wenn man in eine Wahländerung eintreten wolle. Dieser Anforderung hat ja schon Herr Kollege Kollfuß in mehrfacher Richtung entsprochen, und ich kann mich seinen Anschauungen im großen und ganzen anschließen. Auch ich stehe auf dem Standpunkte, daß vor allen Dingen die indirekte Wahl, die Wahl durch Wahlmänner, und dann der Zensus in der Form, daß er zu einem Dreiklassensystem geführt hat, doch recht bedenkliche Zustände hervorgerufen hat. Meine Herren! Ich glaube, wir sollten in dieser Hinsicht nicht den Vogel Strauß spielen und sollten uns nicht gegen die weittragende Bewegung, die thatsächlich im sächsischen Volke gegenüber diesem Wahlgesetze vorhanden ist, wie es sich nun in der Praxis bewährt hat, einfach schweigend zurückhalten. Meine Herren! Die bedauerlichen Folgen bestehen einmal darin, daß ein großer Theil unserer erwerbenden Bevölkerung, die Arbeiterschaft, thatsächlich von der gesetzgeberischen Arbeit im Landtage ausgeschlossen worden ist, und das ist eine Konsequenz, die ich unter allen Umständen bedauere. Ich halte es doch für wünschenswerth, daß sich auch Vertreter aus diesem einen so großen Prozentsatz der Bevölkerung ausmachenden Theile der Staatsangehörigen über die Wünsche und Bedürfnisse dieser Stände aussprechen können.

(Abg. Andrä: Aber wenn die Majorität aus Sozialdemokraten besteht!)

Die Mißstimmung über den Ausschluß besteht aber nicht nur bei den Arbeitern, diese Stimmung herrscht auch noch in anderen Kreisen, in hochgebildeten Kreisen, die sich tief bedrückt fühlen, daß sie ohne jede Berücksichtigung ihrer geistigen Priorität bloß deswegen, weil sie nicht durch Erbschaft oder einen anderen glücklichen Zufall über einen größeren Geldbeutel verfügen, thatsächlich von einem Einflusse auf die Wahl ausgeschlossen sind. Nun, meine Herren, diese Erbitterung prägt sich un-leugbar aus in der vielfach tief gesunkenen Wahlbetheiligungsziffer, und sie tritt zu Tage in dem verminderten Interesse am öffentlichen Leben in unserem

Vaterlande. Man sollte aber doch wahrlich das Interesse am öffentlichen Leben gerade der engeren Heimath immer möglichst rege zu erhalten suchen! Und wenn mir, wenn ich recht verstanden habe, von jener Seite zugerufen worden ist: „Dann bekommen wir eine große Masse Sozialdemokraten herein!“, so kommt das doch alles auf die Gestaltung des Wahlrechtes an. Wäre man bei dem alten Wahlgesetze in der Hauptsache geblieben und hätte nur den veränderten Geldverhältnissen entsprechend, wo der Thaler von damals nicht mehr den 3 M. von heute entspricht, eine andere Festsetzung des Zensus getroffen, hätte man dann vielleicht noch Rücksicht genommen auf eigene Haushaltung, auf geistige Bildung u., dann, glaube ich, wäre es doch noch möglich gewesen, ein gesundes und nicht weite Kreise der Bevölkerung unbedingt ausschließendes Wahlgesetz zu schaffen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren! Auch ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, wie wir es für den Reichstag haben, etwa das Ideal ist;

(Sehr richtig!)

die praktische Erfahrung hat hier ebenfalls große Mängel zu Tage gefördert. Aber, meine Herren, es giebt doch zwischen dem einen und dem anderen Extrem immer noch einen Zwischenweg. Bei dem Reichstagswahlrechte liegen die Verhältnisse insofern anders, als dieses Recht nun einmal bei Errichtung des Reiches gegeben worden ist, und ein Recht, das man dem Volke gegeben hat, läßt sich doch nicht wieder ohne weiteres nehmen,

(Lebhafter Widerspruch rechts.)

solange es nicht in unvernünftiger und den Staat gefährdender Weise mißbraucht wird. Das hat schon vor langen Jahren Rudolf von Bennigsen in seiner klaren und bestimmten Weise ausgesprochen, und ich glaube, diese grundsätzliche Auffassung hat auch heute noch Berechtigung. Also, meine Herren, nicht in das Extrem will ich verfallen, wohl aber, meine ich, müssen wir die Aufgabe ernstlich ins Auge fassen und danach streben, wieder auf eine gesunde und natürliche Basis in unseren Landtagswahlbestimmungen zurückzukommen, bei der die große Masse unserer Bevölkerung mit Pflichtgefühl und Freude auch an der Weiterbildung unserer Gesetzgebung und an unserer ganzen staatlichen Entwicklung theilnimmt. Dieses Ziel zu fördern, das halte ich für weise und für staaterhaltend, und von diesem Standpunkte aus bedauere ich, daß gerade die Ansätze,